Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 30. Freitag, 5. Februar 1932, abends. 85. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

277000 Hindenburg-Stimmen

Berlin, 5. Februar.

Der Hindenburg-Ausschuß teilt mit: Nach den bisherigen Feststellungen haben sich am ersten und zweiten Einzeichnungstag für die Volkskandidatur Hindenburgs insgesamt 277 000 Personen eingetragen, davon in Berlin 63 000. Bisher liegt weder das Ergebnis des ersten noch des zweiten Einzeichnungstages vollständig vor.

Marburg. (Funkspruch.) **Die Dozenten der hiesigen Universität haben einen Aufruf veröffentlicht, in dem es heißt: Der Generalfeldmarschall und Reichspräsident von Hindenburg ist für die ganze Welt das Sinnbild des unbeirrbaren und unbesieglichen deutschen Lebenswillens. In dieser Stunde, in der unter seiner Führung das deutsche Volk den entscheidenden Kampf um seine Freiheit aufgenommen hat, darf es nicht geschehen, daß die Wiederwahl Hindenburgs unter den trüben Vorzeichen innerpolitischer Kämpfe vor sich geht. Der Aufruf fordert, daß die Volkswahl Hindenburgs als ein großer einmütiger Akt des Dankes, des Vertrauens und der Liebe vollzogen werde.**

Vor der Abreise des Reichskanzlers nach Genf

Nachdem noch gestern die Abreise des Reichskanzlers nach Genf durchaus nicht sicher war und allgemein mit einer Vertagung der Reise um mehrere Tage gerechnet wurde, hat sich der Reichskanzler jetzt doch entschlossen, bereits am Sonnabend abend in Begleitung des Staatssekretärs von Bülow nach Genf abzufahren. Maßgebend dafür war wohl die Erkenntnis, daß ohne einen energischen deutschen Schritt die Abrüstungsverhandlungen lahmgelegt zu werden drohten. Wie wir erfahren, rechnet man damit, daß Dr. Brüning am Montag oder spätestens Dienstag in einer grundsätzlichen Rede zu den Fragen der Abrüstung das Wort ergreifen wird. Seine Rückkehr nach Berlin soll unmittelbar danach bis zum Mittwoch erfolgen. Die deutschen Vorschläge zur Abrüstung werden in der Form detaillierter Anträge zu den einzelnen Gegenständen der Tagesordnung vorgebracht werden. Deutschland wird dabei seine bereits aus früheren Konferenzen bekannten Anträge auf Offenlegung der Rüstungen, Erfassung der ausgebildeten Reserven, direkte Beschränkung des lagernden Materials, Verbot der Flugwaffe, des Bombenabwurfs, der schweren Artillerie, Tanks und der Giftgase erneuern.

In politischen Kreisen der Mitte betrachtet man die Abreise des Kanzlers nicht ohne Besorgnis. Man verhehlt sich nicht, daß die innenpolitische Lage noch keineswegs geklärt ist und die Versuche fortdauern, den Rücktritt der Reichsregierung herbeizuführen. Dabei hat sich neuerdings eine merkwürdige Verschiebung ergeben. Die einflußreichen Kreise, die ihr Einschwenken in die Hindenburgfront von dem Rücktritt des Reichskanzlers abhängig machen, versuchen ihre Gedankengänge nicht mehr direkt beim Reichspräsidenten und seiner Umgebung zur Geltung zu bringen. Sie haben sich neuerdings unmittelbar an den Kanzler gewandt, und es hat Augenblicke gegeben, wo von den Freunden Dr. Brünings der Kanzler gegen den Kanzler selbst in Schutz genommen werden mußte. Es ist im Augenblick noch nicht zu übersehen, ob Dr. Brüning dem Appell an seinen patriotischen Opfermut und an seine tiefe Verehrung für den Reichspräsidenten einen Einfluß auf seine Entschließungen zugesteht. Der Gedanke, der diesem Appell zugrundeliegt, ist der folgende: Durch den Rücktritt Dr. Brünings soll es auch den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten möglich gemacht werden, für Hindenburg einzutreten; der Sahm-Ausschuß könnte liquidiert werden; an seine Stelle würde eine „Einheitsfront der Rechten" treten, die gegenüber allen Oppositionsneigungen von links die Wiederwahl des Reichspräsidenten zu sichern hätte. Es ist im Grunde nur schwer vorzustellen, daß Dr. Brüning die Problematik eines derartigen Vorschlages nicht klar übersieht. Immerhin haben sich so bekannte Persönlichkeiten für ihn eingesetzt, daß von dem linken Flügel der bisherigen Regierungsparteien unverkennbare Warnungen an den Kanzler gerichtet wurden. Durch eine derartige Frontveränderung würde zweifellos die Lage des sogenannten republikanischen Deutschlands unhaltbar werden und es würden Entscheidungen vom linken Flügel des Zentrums bis hinüber zur Eisernen Front erzwungen, die in ihren Konsequenzen vorläufig gar nicht überblickt werden können. Falls es nicht gelingt, diese Fragen noch vor der Abreise des Kanzlers nach Genf zu klären, ist jedenfalls mit einer Zuspitzung der innerpolitischen Verhältnisse zu rechnen, die man kaum anders als schwerste Belastung und Gefahr bezeichnen könnte. In diesem Zusammenhang ist ein Vorgang von Bedeutung, der durch die Indiskretion eines kommunistischen Blattes bekannt wurde. Eine der einflußreichsten Persönlichkeiten der deutschen Politik, General von Schleicher, vermittelte am Mittwoch eine Zusammenkunft zwischen dem Reichskanzler und dem ehemaligen deutschen Kronprinzen. Es wurde zwar sofort versichert, daß diese Zusammenkunft einen völlig unpolitischen Charakter getragen habe und daß nicht einzusehen sei, warum nicht auch einmal der Kanzler mit dem oft in Berlin weilenden ehemaligen Kronprinzen bei einem Abendessen zusammentreffen solle. In etwas skeptischen Kreisen bezweifelt man jedoch nach wie vor den unpolitischen Charakter der Unterhaltung. Man erinnert an die Gerüchte, daß von gewissen Kreisen der Rechten der ehemalige Kronprinz als Präsidentschaftskandidat ins Auge gefaßt worden sei und fragt, ob nicht gerade die Zusammenkunft mit dem Kanzler der schleunigen Erledigung derartiger Pläne dienen sollte. Obwohl diese Version höchst seltsam klingt, sei sie doch als Symptom für die verworrene Lage angeführt. Wir haben in den letzten Tagen so viele innerpolitischen Sensationen erlebt, daß eine „Sensation" mehr schon fast keine Ueberraschung mehr bedeutete.

Großer Tag im Unterhaus.

Chamberlain über die neuen Zollmaßnahmen.

London. Am Donnerstag nachmittag gab Neville Chamberlain im Unterhaus seine **Pläne für die neue Zollpolitik** bekannt. Der Tag sei nun gekommen, so begann Chamberlain seine Ausführungen, wo die Regierung die **schwierigste Frage** in Angriff nehme, um deren willen sie gebildet worden sei. Ihre früheren Maßnahmen für Einschränkung der Wareneinfuhr seien ein voller Erfolg gewesen. **Dank des Patriotismus und der Opferwilligkeit des** englischen Steuerzahlers seien die Einnahmen aus den Verkehrssteuern und den Steuern auf die höheren Einkommen um 50 v. H. höher gewesen, als im Vorjahre. Wenn die Steuern während des Restes dieses Vierteljahres weiter in demselben Maße eingehen, so könnten anderweite Verluste ausgeglichen werden und der englische Staatshaushalt werde ohne Fehlbetrag abschließen.

Der **Außenhandel** zeige zwar gewisse Anzeichen einer Besserung, aber die Grundfragen der Reparationen und Kriegsschulden seien noch nicht einmal angerührt worden, und die jüngsten Ereignisse im Fernen Osten hätten erneut Grund zu Besorgnissen gegeben. **Die hauptsächlichsten Industrien in England könnten nur schwerfällig in Bewegung gesetzt werden.** Die **Eisen- und Stahlindustrie verharrten in einem Zustand des Stillstandes.** Schiffahrt und Landwirtschaft befänden sich noch immer auf ihrem tiefsten Stand. Das englische Pfund sei zwar während einer langen Zeit wunderbar stabil gewesen. Die Regierung glaube aber, daß **das Vertrauen nicht voll wiederhergestellt werden könne,** solange die Handelsbilanz ungünstig wäre. Die Einfuhr-Ueberschüsse hätten in den Jahren 1929 bis 1931 über 200 Millionen Pfund betragen. Angesichts dieser Lage müsse die Regierung Maßnahmen ergreifen, um die Handelsbilanz zu verbessern. Gleichzeitig wolle die Regierung die Finanzen des Landes festigen und durch Maßnahmen, die auf keinen Fall der Bevölkerung eine besonders schwere Last auferlegten, **neue Einnahmequellen schaffen, womit auch eine Art Versicherung gegen eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten verbunden sein solle.** Die Regierung schlage daher vor, durch einen mäßigen Schutzzoll, der von wissenschaftlichen Gesichtspunkten aus der Lage der Industrie und der Landwirtschaft angepaßt ist, den englischen Fabriken und dem englischen Boden Arbeit zuzuführen, die bisher wo anders geleistet worden sei. Gleichzeitig ergreife sie die Gelegenheit, um den Ländern des englischen Weltreiches besondere Vorteile anzubieten.

Die Grundlage der Vorschläge sei ein allgemeiner Wertzoll von zehn v. H. auf alle Einfuhren nach England mit gewissen Ausnahmen, worunter Weizen und Brot fallen. Die Tabak-, Zucker-, die MacKenna- und die Safeguarding, sowie die Zölle gegen die unnatürliche Einfuhr und die jüngsten landwirtschaftlichen Zölle blieben bestehen wie bisher. Ferner werde ein unabhängiger beratender Ausschuß eingesetzt werden. Dieser erhalte Gehalt und müßte seine ganze Zeit der neuen Aufgabe widmen. Der Ausschuß habe die Aufgabe, Empfehlungen auszuarbeiten, welche zusätzlichen Zölle erhoben werden sollen, dabei solle er das allgemeine Interesse des Handels und der Industrie stets im Auge haben. Er werde das Recht haben, entweder Wertzölle oder Sonderzölle, dauernde oder nur zeitweilige Zölle zu empfehlen. Hinsichtlich der Dominien habe die Regierung beschlossen, daß weder der allgemeine noch der Zusatzzoll vor der Ottawa-Konferenz auf sie angewandt werden sollen. Sie schlage ferner vor, daß **alle Erzeugnisse der Kolonien, Protektorate und Mandate von dem allgemeinen und dem Zusatzzoll befreit bleiben sollen:** Die Maßnahmen gegen die Länder, die besondere sich gegen England richtende Zölle hätten, würden besonders erwogen werden. Das Handelsministerium werde im Einvernehmen mit dem Schatzamt ermächtigt werden, in solchen Fällen einen Zoll bis zu 100 v. H. zu erheben, der zusätzlich zu den Zusatzzöllen auf irgendwelche Waren hinzutritt, die aus den England schadenden Ländern nach England eingeführt werden. **Die Zölle könnten in einer besonderen Verordnung festgelegt werden.**

Die Regierungsvorschläge, so schloß Chamberlain seine Rede, stellten einen sorgfältig durchdachten Plan dar, und das Kabinett glaube, daß er im Interesse der Nation liege und den gegenwärtigen Umständen in den anderen Teilen der Welt am besten angepaßt wäre. Der Schatzkanzler beendete seine Rede unter lautem Beifall von den Regierungsbänken.

Die **Vorschläge Chamberlains auf eine allgemeine Erhöhung des allgemeinen Zolltarifes um zehn v. H., auf Einsetzung eines Zollausschusses und auf Vorzugsbehandlung** für die Dominien werden in **drei von einander getrennten Entschließungen dem Unterhause vorgelegt.**

Bisher noch keine Stellungnahme der Reichsregierung.

Berlin. (Funkspruch.) Zu den gestern vom Schatzkanzler Chamberlain im Unterhaus angekündigten neuen Schutzzöllen erfahren wir von unterrichteter Seite, daß die Reichsregierung erst dann endgültig dazu Stellung nehmen wird, wenn die Schutzzollvorlage selbst vom Unterhaus verabschiedet sein wird. Die vom Februar ab eingeführte Beschränkung der Kohleneinfuhr nach Deutschland stellt keine Gegenmaßnahme gegen die englische Schutzzollvorlage dar. Die Herabsetzung der Kontingente um 30 Prozent ist lediglich angesichts des sehr erheblichen Rückganges im Kohlenverbrauch erfolgt.

Die gestrige Rede Chamberlains enthielt **für Deutschland insbesondere zwei Enttäuschungen,** einmal, daß bei den Ausnahmen nicht auch Stahl und Eisen sind, und zum andern, daß die englischen Zollverordnungen vom Herbst vergangenen Jahres, die 25 Prozent der deutschen Gesamtausfuhr nach England betrafen, **durch die neue Zollvorlage nicht außer Kraft gesetzt werden.**

Charbin vor dem Fall

Charbin, 5. Februar.

Mit dem Fall von Charbin ist in den allernächsten Stunden zu rechnen. Die japanische Vorhut befindet sich bereits in unmittelbarer Nähe der Stadt, nachdem sie die chinesischen Verteidigungskräfte zurückgeworfen hat.

Die Japaner verlassen die Konzessionszone

Paris, 5. Februar.

Wie die Agentur Indopacifique mitteilt, sollen die Japaner auf die ständigen Proteste der Behörden der internationalen Zone hin sich entschlossen haben, ihre Truppen aus der englischen und amerikanischen Konzessionszone zurückzuziehen.

Schiffe mit etwa 13 000 chinesischen Flüchtlingen mußten nach Schanghai zurückkehren, da sie die Wusung-Forts nicht passieren durften.

Der erste chinesisch-japanische Luftkampf.

London. (Funkspruch.) Zu dem Kampf zwischen zwei chinesischen Flugzeugen und sechs japanischen Bombenfliegern, in dessen Verlauf eine japanische Maschine abstürzte, meldet Reuter, daß die Chinesen bisher den japanischen Luftangriffen beinahe wehrlos gegenüber gestanden hatten. Dieser erste Zusammenstoß in der Luft werde sich vielleicht als Einleitung zum Bombardement über der Niederlassung herausstellen. Denn es verlaute, daß **heute vormittag aus Nanking 18 chinesische Flugzeuge eingetroffen** sind, deren Besatzung äußerst kampflustig sei.

Absturz eines japanischen Flugzeuges.

Schanghai. (Funkspruch.) Zwei chinesische Flugzeuge griffen heute vormittag sechs japanische Bombenflugzeuge an. Die Japaner entfernten sich in Richtung auf den Fluß. Es wurde beobachtet, daß eines ihrer Flugzeuge bei Schapei abstürzte.

Attentat in Oslo

Mordanschlag auf den norwegischen Verteidigungsminister

Oslo, 5. Februar

Der Leiter der Kriminalpolizei teilt mit: Als der Verteidigungsminister in seine Amtsräume im Verteidigungsministerium kam, um Dokumente zu holen, wurde er im Dunkeln von einem oder mehreren Männern überfallen, von denen einer versuchte, ihn mit einem Messer in die Brust zu stechen. Es gelang dem Minister, den Stich abzuwehren. Durch einen gleichzeitigen Schlag auf den Kopf stürzte der Minister besinnungslos zu Boden. Die Täter konnten unerkannt entkommen. Der Minister konnte am nächsten Tag seinen Dienst wieder antreten. Für die Ergreifung der Täter ist eine Belohnung von 5000 Kronen ausgesetzt worden.

Oslo. (Funkspruch.) Die Morgenblätter erklären zu dem Mordanschlag auf den Verteidigungsminister, die Angreifer hätten die Absicht gehabt, sich militärischer Dokumente zu bemächtigen. Tidens Tegn vermutet, die Angreifer seien von der russischen Geheimpolizei gesandt worden, um bestimmte Dokumente über die norwegische Nationalverteidigung zu entwenden.